

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Zwei Jahrgänge 20 Mark und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genosschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Mühlentorstraße 2 / Fernsprech-Geschäftsnummer 14193 / Postfach Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel-Str. 17 / Dresden-Alt. / Fernsprech-Geschäftsnummer 17299 / Drahtnachrichten: „Arbeiterstimme“ Dresden / Geschäftsstunden der Redaktion: Werktags 6—8 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang

Freitag, den 2. Juli 1926

Nummer 151

## Die Massen erzwingen die Ablehnung!

Unter dem Druck der Arbeiter stimmt die SPD. mit Nein — Die Regierung kündigt neue Maßnahmen an — Erzwingt die Auflösung des Reichstages!

Berlin, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestern abend abgehaltenen Fraktionssitzung, die zum Teil einen sehr lebhaften Verlauf nahm, mit 73 gegen 38 Stimmen beschlossen, in bezug auf die Vorlage des Reichengesetzes mit „Nein“ zu stimmen, also die Vorlage abzulehnen. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hatte in einem Schreiben an die Reichstagsfraktion die Annahme des Reichengesetzes gefordert. Die der „Vorwärts“ beizugehörigen, nicht heute den abweichenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion begründeten und die Auflösung des Reichstages sowie die Verabschiedung des Sperrgesetzes forderten. Der „Vorwärts“ war in seinem Kommentar zum Beschluss der Fraktion, der unter dem Druck der oppositionellen SPD-Arbeiter erfolgte, folgenden:

„Hätte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der gestrigen Nachtprobe in der Fürstentage nach dem Willen der Regierungsparteien gestimmt, der in der Ablehnung der sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge zum Ausdruck kam, so hätte sie in den kommenden Volksversammlungen bei den Reichstagswahlen den bürgerlichen Parteien von vornherein nicht als einen Vorposten gegeben. Das „Ja“ zu einem Kompromiss, dem Willen der 14 1/2 Millionen nicht abweichend gegenüber, hätte die Regierung und bürgerlichen Parteien auch zu einem „Ja“, zu einem schlechten Kompromiss in der Folge gezwungen.“

Der „Vorwärts“ schreibt ferner:

„Wenn die Regierungsparteien im Reichstag den Willen der 15 Millionen nicht anerkennen, wenn in diesem Reichstag nicht die Forderung einer Mehrheit möglich ist, die einen gerechten, ausgleichenden Weg für den Willen dieser Millionen sucht, wenn die Mehrheit des Reichstages in einem solchen Gegenstand zum Scheitern führt, — dann darf die Sozialdemokratie den Willen der 14 1/2 Millionen nicht schuldig vor den Kopf schlagen. Sie durfte nicht die Gefahr einer Vertrauensfrage der Demokratie herausbeschwören. Diese entscheidenden Gründe haben den Beschluss, die Vorlage abzulehnen, herbeigeführt. Sie unterstreichen sich wesentlich von den Argumenten, die die Kommunisten ins Feld führen. Wenn etwas ohne Einfluss auf die Entscheidung der Fraktion geblieben ist, so das Treiben der Kommunisten.“

„Mit diesem Schwund verlor der „Vorwärts“ den Massen-Druck der Arbeiter abzugeben. Er unterschätzte ferner die Haltung der preussischen Landtagsfraktion und Minderheit im Reichstag und schließlich:

„Das Interesse des Volkes und der Arbeiterklasse war so gut ihr Ziel, wie es der Ziel der Mehrheit war.“

Dieses Ergebnis der Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion ist ohne Zweifel unter dem Druck der Massen zustande gekommen. Noch in letzter Stunde haben die sozialdemokratischen Führer versucht, das Gesetz zur Annahme zu bringen. Die Minderheit von 38 sozialdemokratischen Führern zeigt, daß also eine ziemlich starke Zahl bereit war, mit den Fürstentumern gemein-

same Sache zu machen. Ebenso zeigt der Beschluss der preussischen Landtagsfraktion der Sozialdemokraten, die für die Annahme des Gesetzes waren, daß nur der starke Druck der sozialdemokratischen Arbeiter den Verrat an dem Willen der 15 Millionen Wähler verhindert hat. Noch ist aber das Ziel nicht erreicht. Bei der Beratung über das Sperrgesetz zur Fürstentum-Veränderung vertritt der Reichsanwalt durch seinen Einpruch als Abgeordneter die Verabschiedung dieses Gesetzes. Er erklärte, die Regierung habe selbst kein Interesse an der Verabschiedung des Sperrgesetzes. Mit dieser Erklärung wollte der Reichsanwalt auf einen Trad auf die schwankenden Parteien, insbesondere auf die Sozialdemokraten ausüben und ihnen gleichzeitig die Handhabe geben, gegenüber der Arbeiterklasse erklären zu können, daß falls eine Annahme des Kompromisses nicht erfolgt ist, der alte Zustand, wie er vor dem Volksentscheid gestanden, wieder eintreten würde. Die Gerichte hätten wieder die Entscheidung über die Verabschiedung der Fürstentum-Veränderung. Daß trotzdem die sozialdemokratischen Führer es nicht wagen konnten, dem Kompromiss zuzustimmen, zeigt, wie stark der Druck der Massen auf die sozialdemokratischen Führer ist. Es ist das ausschließliche Verdienst der kommunistischen Partei, die in allen Situationen einen ununterbrochenen, ohne Schwankungen geführten Kampf gegen das Kompromissgesetz geführt und den Verrat an den Massen verhindert hat.

Die Konsequenz der sich jetzt ergebenden Ablehnung des Fürstentumgesetzes müßte die sofortige Auflösung des Reichstages und die Verabschiedung des Gesetzes sein. Die bürgerlichen Parteien fürchten jedoch die Konsequenzen, bei denen sie eine Niederlage erleiden würden. Die Regierung hat deswegen gestern abend noch eine Sitzung abgehalten, in der sie beschlossen hat, den Reichstag nicht aufzulösen und auch keinen Schritt in Richtung der Regierung vorzunehmen.

Sie will noch andere Vor schläge unterbreiten. Die Regierung erklärt dabei noch den bis jetzt vorliegenden Mitteilungen, daß die Ablehnung des Kompromissgesetzes nicht auf Grund von Schwächen der Reichstagsparteien, sondern mit dem Sozialdemokraten erfolge, ist eine Auffassung nicht notwendig. Angewandt man Vor schläge unterbreiten, die den Wählern die Möglichkeit einer Auseinandersetzung geben sollen. Heute morgen findet eine neue Sitzung des Reichstages statt. In der Praxis bedeutet jedoch die Erklärung der Regierung, daß sie eine engere Verbindung mit den Deutschnationalen, einer noch härteren reaktionären Kurs einschlagen gewillt ist, daß die Staatsrechtlerpläne nicht aufgegeben, sondern in verhärteter Weise in Angriff genommen werden sollen.

Die Massen der arbeitenden Bevölkerung müssen mit aller Kraft diesen Plänen der Reaktion entgegenwirken. Schon hat der Aufmarsch der Massen den Kompromissgedanken in Fall gebracht, die Massen müssen die Diktaturpläne der Monarchisten vernichten, die Auflösung des Reichstages erzwingen. Die nächsten Tage erfordern den erneuten Aufmarsch und den härtesten Druck der arbeitenden Massen. Für die arbeitende Bevölkerung gibt es nur eine Lösung:

Weg mit dem Reichstag!  
Weg mit der Regierung Marz!

## Verhärtet den Kampf gegen die Fürstentumnechte!

Nieder mit der Regierung Marz!

Unter dem Massen-Druck der Arbeiterklasse ist das Fürstentumsgesetz zum Scheitern gebracht worden. Nach wie vor gilt für die breiten Massen der feste Wille, den Fürstentumsgesetz zu geben, die Auflösung des Reichstages zu erzwingen. Der von den Kommunisten begonnene Kampf gegen die hinter den Fürstentumforderungen gruppierte monarchistische Reaktion hat die breiten Massen in Bewegung gebracht, eine Front der Werktätigen hergestellt, an der, wenn sie fest zusammensteht, alle verbrecherischen Pläne der Reaktion zerplatzen werden. Der entschiedene, feste Wille der kommunistischen Partei hat durch die Mobilisierung der Massen den Verrat der sozialdemokratischen Führer an dem Willen der 15 Millionen, die am 20. Juni gegen die Fürstentum aufmarschierten, verhindert. Nach dem Ausgang des Abstimmungsresultates vom 20. Juni war die Absicht der sozialdemokratischen Führerschaft darauf gerichtet, durch die Zustimmung zu einem Kompromiss eine Position in der Koalitionregierung zu erringen. Um einiger Ministerposten willen waren die sozialdemokratischen Führer bereit, mit den Fürstentumnechten gemeinsame Sache zu machen. Der ständige Druck der kommunistischen Partei und der sozialdemokratischen Arbeiterklasse durchkreuzte jedoch diese Absichten und zwang die Führer zu der Haltung, die die Reichstagsfraktion, wie wir an anderer Stelle mitteilen, gestern eingenommen hat. Sicherlich wäre die SPD-Führerschaft dem Kampfe gerne ausgewichen. Während der gesamten Beratungen verjagte sie durch Mitarbeit am Fürstentumsgesetz, die eine solche Auswegung zu geben, daß sie damit den Kampf der breiten Massen drehen konnte. Die Wachsamkeit der kommunistischen Partei, die Mobilisierung der Massen, das Aufmarschieren der Arbeiterdelegationen im Reichstag, der Protest der proletarischen Frauen hat diesen Verrat verhindert. Die sozialdemokratischen Führer waren gezwungen, unter dem Druck der Massen das Schandkompromiss abzulehnen. Ob jetzt die dritte Beratung des Kompromissgesetzes noch zustande kommt oder nicht, ist für die weitere Entwicklung unwesentlich.

Für die werktätige Bevölkerung steht nach wie vor die Frage, was nun weiter. Die Regierung wollte gestern durch ihre Erklärung, daß sie auf die Verhängung des Sperrgesetzes keinen Wert mehr lege, eine Verabschiedung des Kompromissgesetzes erzwingen. Nach dem Bekanntwerden des Beschlusses der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat die monarchistische Regierung gestern den Entschluß gefaßt, sich dem Willen der Massen weiter entgegenzustellen. Noch in der gestern abend im Anschlag an eine, die Ratifizierung des deutsch-russischen Vertrages betreffende Feier in der russischen Botschaft beschloß die Regierung, trotzdem sie für ihre Fürstentumforderungen im Reichstag keine Mehrheit hat, nicht zurückzutreten und auch keine Auflösung des Reichstages zu verkünden. Die Regierung demonstriert den Massen ständig, daß dort, wo es um die Machtpositionen der Kapitalisten geht, die „demokratischen Verfassungsbestimmungen“ leere Worte sind. Der Monarchistenkanzler Marz verkündete, daß er sich bei der Weiterführung der Geschäfte auf die Deutschnationalen stützen will. Verbreiterung der Regierung nach rechts, Verhärtung des diktatorischen Vorgehens ist die Absicht der Reaktionäre.

Die Massen, die im entschlossenen Aufmarsch es bisher vermocht haben, die Fürstentumabfindungspläne zu durchkreuzen, werden durch eine Verstärkung ihres Druckes, durch festere Zusammenfassung der gemeinsamen Kampffront die Diktaturpläne der Reaktion zer schlagen. Diese Regierung muß beiseite, dieser Reichstag muß aufgelöst werden. Es geht bei diesem Kampfe nicht allein darum, daß die Verabschiedung der Milliarden an die Fürstentum verhindert wird, es geht um die Lebensinteressen der breiten Massen. Der Kampf gegen die Marz-Hindenburg-Regierung ist ein Kampf gegen die neue Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung, ist ein Kampf gegen die Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung, gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung.

Schon liegen diesem Reichstag Gesekentwürfe vor, die eine ungeheuerliche Belastung der Lebensmittel herbeiführen sollen. Die Regierungsparteien verlangen eine Erhöhung der Zollsätze. Auf Roggen sollen 5 Mk., auf Weizen 5,50 Mk., auf Schweinefleisch 21 Mk., auf Schweinefleisch 14 Mk. Zoll erhoben werden. Auch hier waren die sozialdemokratischen Führer um das Kompromiss einiger Pfennige bereit, die ungeheure Belastung mit zu beschließen. Auch hier muß die Wachsamkeit der Massen den neuen Verrat verhindern. Angesichts der schon durch die Hochwasserkatastrophen gewaltig gestiegenen Preise können die

## Rote Fahnen heraus!

Am Sonnabend und Sonntag marschieren in den Straßen Dresdens die Roten Frontkämpfer zu ihrem Gantreffen auf. Die Dresdener Arbeiterklasse begrüßt die offiziellsten Massen der roten Klassenfront mit einem fröhlichen: **R o t e F a h n e n !**

Angesichts der immer härteren werdenden Reaktion erkennen das revolutionäre Proletariat, daß nur der Sieg der roten Klassenfront der fürchterlichen Not und der heillosen Unterdrückung des werktätigen Volkes ein Ende bereiten kann. Die Dresdener Arbeiterklasse begrüßt die Roten Frontkämpfer als die Vorkämpfer der einigten und geschlossenen Proletariat, als die Vorkämpfer der proletarischen Einigung im Kampfe gegen den gemeinsamen Klassenfeind.

Im Augenblicke härtester monarchistischer Provokationen und wohlorganisierten Vorbereitungen zum Staatsstreich marschieren am Sonnabend und Sonntag in Dresden die Massenbewegten Teil der offiziellen Arbeiterklasse zu wichtiger Demonstration gegen die schändlichen Pläne der Bourgeoisie und das räuberische Fürstentum. In gleicher Front haben Hunderttausende revolutionärer Arbeiter im ganzen Reich bereit, im entschlossenen Kampfe die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu verteidigen.

Alle Angehörigen sprechen dafür, daß in den kommenden Monaten die wirtschaftlichen Kisse der drei Millionen Volksgenossen sich noch in härterer Ausmaße verschärfen, die letzten Millionen noch Hoffnungen auf eine Besserung der Lage fallen. Rot und Gleich, Hunger, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden sich ins Unabsehbare steigern. Durch neue Zölle soll das letzte Stück Brot für die Millionen weggenommen werden. Dafür sollen die dem Vernehmen nach Tische genommen werden in den Hals gelegt. Das Unternehmen der Fürstentumabfindung muß und wird werden bekämpfen. Der rote Frontkämpfer muß als seine Hauptaufgabe die Interessen der 15 Millionen Fronten als seine Hauptaufgabe werden und die Angriffe der Fürstentum abwehren. Er wird ein wichtiger Vorposten der proletarischen Kampffront sein.

Das Unternehmertum und die schweineindustrielle Regierung treffen im Einverständnis mit den Monarchisten alle Vorbereitungen, um den Widerstand der Arbeiterklasse mit allen Mitteln zu brechen. Was mit logischer Reaktion, mit Hunger und Gleich nicht erreicht werden kann, glaubt man mit der Waffe des Staatstreiches und der Diktatur zu vollenden. Die sozialistischen Bürgerkriegsarmeen werden unter dem Schutze der Reichswehr

organisiert. Die Enthüllungen über die geheimen Grenzschutzaktionen an der sächsischen Grenze zeigen die ungeheure Gefahr, die mit der Diktatur an der Diktatur der Diktatur, Stahlhelm- und Jungboargenorganisationen in Sachsen sind von Tag zu Tag drohen. Die sozialistischen Arbeiterklasse müssen sich dem besonderen Schutze des allsozialdemokratischen Innenministeriums widern. Klammernig versucht die Reaktion die Arbeiterklasse niederzuwerfen. Die Auslieferung der Führer der kommunistischen Partei an die Fürstentum im sächsischen Landtag ist nichts anderes als die Absicht, der Arbeiterklasse ihrer Kampfpropheten Führer zu berauben, um so leichter die reaktionären Pläne durchzuführen zu können.

Das darf nicht gelingen! Der Aufmarsch der Roten Frontkämpfer in Dresden hat deshalb auch für die offizielle Arbeiterklasse den Signal zur Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse gegen den gemeinsamen Feind werden. — Ein Aufruf an die Industriellen und Beamten. — Ein Appell an alle diejenigen, die noch von den Millionen über die schwarz-rot-goldene Republik besungen sind, — die künstlich von ihren Führern angeführten Hindernisse zu überwinden, — aber bewachten Saboteure zum Trotz, die Reihen der entschlossenen roten Front zu stärken und die Einheitsfront zur Tat werden zu lassen!

Schließt die Reihen zum Kampf!  
Rote Fahnen heraus!  
Vorwärts zum Sieg!

## Massenkundgebungen gegen die Fürstentumabfindung

Berlin, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Gestern fanden eine Anzahl Demonstrationen im Reich unter Führung der KPD statt. Die harte Kundgebung in Leipzig auf dem Reichsparkplatz war von einer glänzenden Stimmung bezeugt. In Breslau beteiligten sich etwa 10.000 Arbeiter an der Demonstration. In Stuttgart demonstrieren 5000 Arbeiter und Beschäftigten, ein Telegramm an den Reichstag zu senden, in dem die Reichstagsauflösung gefordert wird. Auch das Gewerkschaftsblatt in Krefeldingen fand ein solches Telegramm ab.